

## Weltmacht oder Niedergang

Bei der Betrachtung der Aufgaben, die dem deutschen Volke aus seiner Geschichte und seiner univervellen wie besondern Begabung erwachsen sind, wurde der Nachweis versucht, daß wir einer Befestigung und Erweiterung unserer europäischen Machtstellung und einer Vergrößerung unseres Kolonialbesitzes als Grundlage für unsere weitere Kulturentwicklung bedürfen.

Die politischen Fragen, die damit aufgeworfen werden, berühren alle internationalen Beziehungen auf das tiefste und müssen daher eingehend erwogen werden. Nicht das Unmögliche dürfen wir erstreben. Eine Abenteuerpolitik würde weder unserem Volkscharakter noch unseren höheren Zwecken und Aufgaben entsprechen. Das Mögliche aber müssen wir zu erreichen streben auch auf die Gefahr eines Krieges hin; das haben wir als unser Recht und so auch als unsere Pflicht erkannt. Je länger wir den Dingen tatenlos zusehen, desto schwieriger wird es, den Vorsprung wieder einzuholen, den die anderen Mächte vor uns voraus haben.

„Das Mögliche soll der Entschluß  
 Beherzt sogleich beim Schopfe fassen;  
 Er will es dann nicht fahren lassen  
 Und wirket weiter, weil er muß.“ (Faust I.)

Bedingt und begrenzt aber wird das Gebiet, in dem wir unsere Bestrebungen geltend machen können, durch die entgegenwirkenden Absichten der übrigen Weltmächte, durch die bestehenden Besitzverhältnisse und durch die Waffenmacht, die bereit ist, diesen Besitz und diese Absichten zu behaupten. Die

Erwägung dieser Verhältnisse also bildet die notwendige Grundlage für alle politischen Entschlüsse. Mit möglichster Sachlichkeit, ohne Voreingenommenheit, aber auch ohne Kleinmut müssen wir prüfen, welche Umstände zu unseren Gunsten, welche anderen zu unseren Ungunsten in die Waagschale fallen, wenn die im Spiel befindlichen Kräfte gegeneinander abgewogen werden.

Diese Erwägungen liegen zum Teil auf militärischem, in erster Linie aber auf politischem Gebiet, insofern erst die politische Gruppierung der Staaten einen Überblick über die militärischen Machtmittel der Parteien möglich macht. Diese Gruppierung also müssen wir versuchen uns zu vergegenwärtigen. Die wechselnden Bestrebungen der Tagespolitik dürfen dabei nicht zum Maßstab des Urteils gemacht werden. Diese werden oft durch Rücksichten des augenblicklichen Nutzens bestimmt und bieten keinen festen Anhalt. Man muß vielmehr bemüht sein, die politischen Gesichtspunkte und Absichten der einzelnen Staaten zu erkennen, die in der Natur der Dinge begründet sind und ihr Schwergewicht daher immer wieder geltend machen müssen. Am letzten Ende sind es doch immer die dauernden Interessen, die die großen Richtlinien der Politik bestimmen, wenn sie auch noch so oft aus Urteilslosigkeit oder Kleinmut verkannt werden und wenn auch wirklich die Politik zeitweilig Wege einschlägt, die vom Standpunkt des dauernden Staatsinteresses aus nicht gerechtfertigt erscheinen. Die Politik spielt sich nicht mit Notwendigkeit nach bleibenden Gesetzen ab, sondern wird von Menschen gemacht, die ihr den Stempel ihrer Kraft oder ihrer Schwäche aufdrücken und sie oft weit ablenken von dem Wege des wahren Staatsinteresses. Solche Entgleisungen darf man nicht unberücksichtigt lassen; der rasch zugreifende Staatsmann wird solche politischen Schwankungen oft zum eigenen Vorteil ausnutzen können. Wer aber die Verhältnisse vom Standpunkt der geschichtlichen Entwicklung aus betrachtet, wird doch immer in erster Linie die Interessen ins Auge fassen müssen, die er für die bleibenden hält. Von diesem Standpunkt aus also

müssen wir versuchen uns die Weltlage klar zu machen, soweit sie für Deutschlands Machtstellung und Bestrebungen von Bedeutung ist.

In zwei große Lager sehen wir die europäischen Großstaaten geschieden.

Auf der einen Seite haben Deutschland, Osterreich und Italien ein Friedensbündnis geschlossen, das lediglich die Abwehr feindlicher Angriffe bezweckt. In diesem Bunde bilden die beiden erstgenannten Staaten den festen, wahrscheinlich unerschütterlichen Kern, weil sie durch die Natur der Dinge aufeinander angewiesen sind. Das ist schon in geographischen Verhältnissen begründet. Bilden doch beide Staaten zusammen eine geschlossene Länderbrücke von der Adria bis zur Nord- und Ostsee. Ihr enges Zusammenstehen beruht aber auch auf historischen, nationalen und politischen Verhältnissen. Auf hundert Schlachtfeldern haben Osterreich mit Preußen und Reichsdeutschen Schulter an Schulter gefochten, Deutsche bilden den Kern der östereichischen Lande, das einheitliche Band, das die mannigfaltigen Völkerstämme des Reichs zusammenhält. Mehr noch als Deutschland muß sich Osterreich gegen den Andrang des Slaventums wehren, weil es selber zahlreiche slawische Stämme umschließt. Seit der Streit um die Vorherrschaft in Deutschland ausgefochten wurde, liegen keinerlei Interessengegensätze zwischen den beiden Staaten vor. Die See- und Handelsinteressen des einen weisen nach dem Süden und Südosten, die des anderen nach dem Norden. Jede Schwächung des einen muß sich sofort auch in den politischen Beziehungen des anderen nachteilig bemerkbar machen. Ein deutsch-österreichischer Gegensatz vollends würde beide Staaten dem Angriff übermächtiger Feinde preisgeben. Auf dem Zusammenstehen beider beruht für jeden von ihnen die Möglichkeit, die eigene Machtstellung zu behaupten. Es darf angenommen werden, daß diese die beiden Staaten verbindenden Beziehungen dauernde sein werden, solange Deutsche und Magyaren die führenden Völker in der Donaumonarchie sind. Es ist einer der genialsten Züge Bismarckscher Politik, die Gemeinsamkeit der deutsch-

österreichischen Interessen schon während des Krieges von 1866 erkannt und allen Gewalten zum Trotz einen Frieden durchgesetzt zu haben, der die Möglichkeit eines solchen Bündnisses schuf.

Die Schwäche des österreichischen Kaiserstaates beruht in der starken Beimischung slawischer Elemente, die dem Deutschtum feindlich gegenüberstehen und vielfach panslawistische Neigungen zeigen. Vorläufig sind sie jedoch nicht stark genug, um die politische Stellungnahme des Kaiserreichs zu beeinflussen.

Auch Italien ist durch seine wesentlichsten Interessen an den Dreibund gefesselt. Der geschichtlich entstandene Gegensatz zu Osterreich wird immer mehr und mehr verblassen, wenn es gelingt, dem Erweiterungsbedürfnis Italiens in anderen Gebieten Rechnung zu tragen und für seinen Volkszuwachs einen natürlichen Abfluß zu schaffen. Beides liegt im Bereich der Möglichkeit. Der Irredentismus wird dann seine politische Bedeutung verlieren, denn die Stellung, die Italien seiner geographischen Lage und seiner Vergangenheit nach zukommt und die zu erreichen in seinem wirklichen Interesse liegt, kann im Kampf gegen Osterreich nicht erworben werden. Es ist die einer politisch und wirtschaftlich führenden Macht im Mittelmeer. Das ist das natürliche Erbe, das es beanspruchen kann. In diesem Anspruch findet es weder in Deutschland noch in Osterreich einen Mitbewerber, wohl aber in Frankreich, das sich an der nordafrikanischen Küste festgesetzt und besonders in Tunis ein Land sich angeeignet hat, das die natürlichste Kolonie für Italien darstellte und auch tatsächlich zum großen Teil von Italienern kolonisiert worden ist. Politisch richtig wäre es, glaube ich, für uns gewesen, selbst auf die Gefahr eines Krieges mit Frankreich hin, gegen diese Besitznahme Einspruch zu erheben und das Gebiet des alten Karthago für Italien zu retten. Wir hätten dann einerseits Italiens Stellung im Mittelmeer wesentlich verstärkt und andererseits einen dauernden Gegensatz zwischen diesem Lande und Frankreich geschaffen, der der Festigkeit des Dreibundes zugute gekommen wäre.

Die Schwäche dieses Bundes besteht in seinem rein defen-

siven Charakter. Er bietet eine gewisse Sicherheit gegen feindliche Angriffe, läßt aber die notwendige Entwicklung der Dinge völlig außer Betracht und gewährt keinem seiner Mitglieder eine Stütze in der Verfolgung seiner wesentlichsten Lebensinteressen. Er ist auf einen status quo aufgebaut, der seinerzeit seine volle Berechtigung hatte, aber von der politischen Entwicklung längst überholt ist. Schon Fürst Bismarck hat in seinen Gedanken und Erinnerungen darauf hingewiesen, daß dieses Bündnis den Bedürfnissen der Zukunft nicht immer entsprechen würde<sup>1)</sup>. Da nun Italien im Dreibunde keine Stütze für seine Mittelmeerpolitik fand, suchte es sich mit Frankreich und England friedlich zu einigen und rückte dementsprechend vom Dreibunde ab. Die Folgen dieser Politik liegen heute klar zutage. Italien hat im offenbaren Einverständnis mit England und Frankreich, aber im schroffsten Gegensatz gegen die Interessen des Dreibundes die Türkei angegriffen, um in Tripolis das notwendige Kolonialland zu erobern. Dieses Unternehmen hat es bis an die Schwelle eines Krieges mit Österreich geführt, das als Vormacht auf der Balkanhalbinsel ein Übergreifen Italiens in diese Ländergebiete niemals dulden kann. Der Dreibund, der an sich ein durchaus natürliches Bündnis darstellt, ist dadurch auf das tiefste erschüttert worden. Der letzte Grund für dieses Ergebnis ist aber darin zu suchen, daß seine Teilnehmer in engherziger und kurzfristiger Politik immer nur das nächstliegende eigene Interesse im Auge haben und auf die Lebensbedürfnisse der Bundesgenossen keinerlei Rücksicht nehmen. Er wird seine ursprüngliche Kraft erst dann wieder finden, wenn unter dem Schutz der gemeinsamen Waffen jeder der drei Staaten seine politischen Bedürfnisse befriedigen kann. Mit allen Mitteln müssen wir daher darauf bedacht sein, Österreichs Stellung auf dem Balkan, Italiens Interessen im Mittelmeer zu fördern; nur dann können wir darauf rechnen, auch selbst in unseren eigenen

<sup>1)</sup> Gedanken und Erinnerungen Bd. II, S. 259 (Volksausgabe Bd. II, S. 287).

politischen Bestrebungen eine Stütze an unseren Bundesgenossen zu finden. Da aber eine Machtstärkung Italiens auf Kosten der Türkei, die, wie wir sehen werden, ein notwendiges Glied in der Dreibundspolitik ist, allen unseren Interessen widerspricht, wird es darauf ankommen, die Fehler der Vergangenheit wieder gut zu machen und im nächsten großen Kriege Tunis für Italien zurückzuerobern. Erst dann wird die große Bismarcksche Konzeption des Dreibundes sich in ihrer wirklichen Bedeutung offenbaren. Solange aber der Dreibund nur negative Zwecke verfolgt und es den einzelnen Verbündeten überläßt, ihre lebendigsten Interessen ausschließlich durch eigene Kraft zu verfolgen, wird er mit Unfruchtbarkeit geschlagen sein. Scheinbar liegen uns ja Italiens Mittelmeerinteressen sehr fern. Welche hohe Bedeutung sie in Wirklichkeit für uns haben, geht jedoch aus der Erwägung hervor, daß ein Austritt Italiens aus dem Dreibunde oder gar sein Übertritt zur englisch-französisch-russischen Entente wahrscheinlich sofort der Anlaß zu einem großen europäischen Kriege gegen uns und Oesterreich sein würde. Dem dauernden Interesse Italiens wäre eine solche Entwicklung offenbar sehr nachteilig, denn es würde seine politische Selbständigkeit darüber einbüßen und ließe Gefahr, zu einer Art Vasallenstaat Frankreichs herabzusinken. Undenkbar ist sie deshalb nicht; denn bei der Beurteilung der Politik Italiens darf man außer seinem Verhältnis zu Frankreich auch das zu England nicht außer Betracht lassen.

England steht dem berechtigten Streben Italiens, eine Vormachtstellung im Mittelmeer zu gewinnen, offenbar hindernd im Wege. Es besitzt in Gibraltar, Malta, Cypern, Aegypten und Aden eine Reihe von Stützpunkten, die den Seeweg nach Indien sichern und hat das unbedingte Interesse, diese große Straße durch das Mittelmeer völlig zu beherrschen. Englands Mittelmeerflotte hat eine dementsprechende Stärke und würde — besonders im Verein mit dem französischen Mittelmeergeschwader — die Küsten Italiens auf das schwerste bedrohen, wenn dieses Land in einen Krieg gegen England und Frank-

reich verwickelt würde. Einen solchen Krieg zu vermeiden, solange die Machtverhältnisse zur See sich nicht völlig geändert haben, hat Italien daher das augenscheinlichste Interesse, dem bei allen politischen Erwägungen Rechnung getragen werden muß. So befindet sich dieser Staat in einer äußerst schwierigen Doppelstellung und als Mitglied des Dreibundes in einer Lage, die es zwingt, auch auf die Gegner dieses Bundes Rücksicht zu nehmen, solange es in seinen Bundesgenossen selbst keine zuverlässige Stütze seiner Entwicklungspolitik findet. Unserem Interesse aber entspricht es, den Konflikt zwischen Italien und der Türkei nach Möglichkeit auszugleichen.

Dem mitteleuropäischen Dreibunde gegenüber haben sich zunächst Frankreich und Rußland zusammengeschlossen.

Frankreichs europäische Politik steht völlig unter dem Gedanken der Revanche. Ihm bringt es alle, auch die schwersten Opfer; ihm zuliebe hat es den jahrhundertlangen Gegensatz zu England und die Niederlage von Tschodja vergessen.

Es will in erster Linie Rache nehmen für die Niederlagen von 1870/71, die sein Selbstbewußtsein auf das tiefste verletzt haben; es will durch einen Sieg über Deutschland seine politische Bedeutung erhöhen und wenn möglich die frühere Vormachtstellung auf dem europäischen Festlande wieder gewinnen, die es so lange und so glänzend behauptet hat; es will, wenn das Glück seinen Waffen günstig ist, Elsaß-Lothringen zurückerobern. Allein fühlt es sich für den Angriff auf Deutschland zu schwach. Seine gesamte äußere Politik verfolgt daher trotz aller Versicherungen, daß es den Frieden wünsche, keinen anderen Zweck, als Bundesgenossen für diesen Angriff zu gewinnen. Sein Bündnis mit Rußland, seine Entente mit England sind von diesem Geiste eingegeben, und seine augenblicklich besonders nahen Beziehungen zu letzterem Staat sind wohl lediglich darauf zurückzuführen, daß die französische Politik von der Feindschaft Englands gegen Deutschland wohl nicht ganz mit Unrecht mehr tätigen Beistand erhofft als von Rußland.

Auch die Kolonialpolitik Frankreichs verfolgt wohl in erster

Linie den Zweck, ein materielles und womöglich militärisches Übergewicht über Deutschland zu gewinnen. In der Errichtung einer schwarzen Armee, in der geplanten Einführung einer beschränkten Wehrpflicht in Algerien und in der politischen Angliederung Marokkos, das über ein ausgezeichnetes Soldatenmaterial verfügt, tritt dieses Bestreben so deutlich zutage, daß eine Täuschung über seine Tragweite und Bedeutung völlig unmöglich ist.

Nachdem es Frankreich gelungen ist, seine Wehrkraft auf annähernd gleicher Höhe zu halten wie Deutschland, nachdem es in seinem nordafrikanischen Reich die Möglichkeit gewonnen hat, sie noch sehr erheblich zu steigern, Deutschland auf dem Gebiete der Kolonialpolitik völlig zu überflügeln und in Elsaß-Lothringen die französischen Sympathien nicht nur zu erhalten, sondern neu zu beleben, können wir darauf rechnen, daß Frankreich die Bahnen einer deutschfeindlichen Politik nicht verlassen, sondern wie bisher bestrebt sein wird, überall Feindschaften gegen uns zu erregen und überall auf der Welt den deutschen Interessen entgegenzutreten. Indem es mit Italien sich dahin verständigte, daß es in die Besetzung von Tripolis durch die Italiener willigte und sich dafür freie Hand in Marokko ausbedang, ist es ihm gelungen, in den Dreibund einen Keil zu treiben, der diesen zu sprengen droht. Daß es seine im Interesse des deutschen Handels in Marokko übernommenen Verpflichtungen ehrlich und ohne Hintergedanken einhalten wird, darf als völlig ausgeschlossen betrachtet werden. Das Zurückdrängen dieser Interessen war ja gerade ein wesentlicher Punkt seiner Marokkopolitik, die vornehmlich im deutschfeindlichen Sinn ihre Bedeutung hat. Mehr wie je werden wir in Zukunft gemäß den Erfolgen der französischen Politik mit Frankreichs Feindschaft zu rechnen haben, und als völlig undenkbar muß es betrachtet werden, daß ein Ausgleich zwischen Frankreich und Deutschland herbeigeführt werden könnte, bevor die Waffen noch einmal zwischen ihnen entschieden haben. Es ist das um so weniger zu erwarten, als Frankreich heute mit England zusammengeht und dieses, wie wir sehen wer-

den, ein Interesse daran hat, Deutschland niederzuhalten, Frankreichs Macht aber zu stärken.

Ein anderes Bild tritt uns entgegen, wenn wir den Blick nach Osten wenden, wo der russische Länderkoloss auf allen Verhältnissen lastet.

Infolge seiner Niederlage in der Mandchurei und der Revolution, die durch den unglücklichen Krieg zum Ausbruch gebracht wurde, befolgt das Zarenreich anscheinend zunächst eine Politik der Sammlung. Im fernen Osten hat es sich mit Japan, in Mittelasien mit England zu verständigen gesucht; auf dem Balkan ist seine Politik bestrebt, den status quo zu erhalten; Deutschland gegenüber scheint es jeden Gedanken eines Krieges vorläufig aufgegeben zu haben. Die Potsdamer Vereinbarungen, deren Bedeutung freilich nicht überschätzt werden darf, lassen erkennen, daß wenigstens mit einer Angriffspolitik Rußlands gegen uns vorderhand nicht zu rechnen ist. Auch das Ministerium Kokowzew scheint diese Politik der Sammlung fortsetzen zu wollen und hat um so mehr Veranlassung dazu, als die Ermordung Stolypins mit allen ihren Nebenerscheinungen ein schauerliches Bild innerer Zerrüttung und revolutionärer Mächenschaften blitzartig beleuchtet hat: Zustände, die es unwahrscheinlich erscheinen lassen, daß Rußland jetzt besonders geneigt sein würde, zugunsten Frankreichs mit den Waffen einzutreten. Das russisch-französische Bündnis ist damit freilich nicht aus der Welt geschafft, und es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß Rußland seinen Verpflichtungen eintretendenfalls nachkommen würde, aber eine gewisse zeitweilige Abspannung und Besserung in den deutsch-russischen Beziehungen ist doch wohl zweifellos erreicht worden, wenn sie auch mit Deutschlands Zugeständnissen in Nordpersien recht ausreichend bezahlt worden ist.

Ganz selbstverständlich aber ist es, daß diese Politik der Zurückhaltung, die Rußland augenblicklich betreibt, nur eine vorübergehende sein kann. Die Bedürfnisse des gewaltigen Reichs drängen mit Naturnotwendigkeit zu einer Ausdehnung in der Richtung auf das Meer, sei es im fernen Osten, wo

es eisfreie Häfen zu gewinnen hofft, oder in der Richtung auf das Mittelländische Meer, wo der Halbmond noch immer auf der Kuppel der Hagia Sophia schimmert. Nach einem erfolgreichen Kriege würde es auch wohl schwerlich zögern, sich der Weichselmündungen zu bemächtigen, deren Besitz es schon seit lange erstrebt, und dadurch seine Stellung in der Ostsee erheblich zu verstärken.

Vorherrschaft auf der Balkanhalbinsel, freier Zutritt zum Mittelländischen Meer und Vormachtstellung in der Ostsee sind die Ziele, die die europäische Politik Rußlands seit jeher naturgemäß erstrebt. Zugleich fühlt es sich als führende Macht der slawischen Rasse und war schon seit geraumer Zeit bemüht, den Einfluß dieses Elements in Mitteleuropa zu heben und auszudehnen.

Der Panславismus ist noch immer an der Arbeit.

Wie bald Rußland aus seiner Zurückhaltung heraustreten und die natürlichen Bahnen seiner Weltpolitik wieder beschreiten wird, ist schwer vorauszusehen. Seine augenblickliche politische Stellungnahme hängt sehr wesentlich von der Person des jetzigen Kaisers ab, der wohl der Anlehnung an einen starken monarchischen Staat, wie es Deutschland ist, zu bedürfen glaubt, andererseits aber auch von der Art der inneren Entwicklung des gewaltigen Reichs. Bei der revolutionären und sittlichen Durchseuchung des ganzen Volkskörpers und bei der wirtschaftlichen Zerrüttung des Bauernstandes ist vorläufig nicht abzusehen, aus welchen Elementen eine wiederbelebende Kraft empormachsen soll, die zur Gesundung führt. Auch die Agrarpolitik der jetzigen Regierung hat zu irgend günstigen Ergebnissen bisher nicht geführt und hat vorläufig wenigstens die Erwartungen enttäuscht, die daran geknüpft wurden. So ist die Möglichkeit stets gegeben, daß unter dem Druck der inneren Verhältnisse auch ein Umschwung der äußeren Politik erfolgt und man durch äußere Erfolge die inneren Schwierigkeiten zu überwinden sucht. Ob diese Erfolge dann im fernen Osten oder im Westen gesucht werden, wird von den Zeitumständen abhängen. Auf der einen Seite müssen Japan und mög-

licherweise China, auf der anderen Deutschland, Osterreich und unter Umständen die Türkei bekämpft werden.

Daß diese Verhältnisse auch auf das russisch-französische Bündnis einen bestimmenden Einfluß ausüben müssen, liegt auf der Hand. Die Interessen der beiden Verbündeten sind nicht durchaus die gleichen. Während Frankreich nur die eine Absicht verfolgt, Deutschland durch einen Angriffskrieg niederzuringen, hat Rußland wohl von Anfang an mehr defensive Gesichtspunkte im Auge gehabt. Es wollte sich bei der Durchführung seiner politischen Pläne im Süden und Osten gegen jedes Eingreifen der europäischen Centralmächte sichern und zugleich für den Preis eines Bündnisses vorteilhafte Anleihen in Frankreich machen, deren es dringend bedurfte. Einen Angriffskrieg gegen Deutschland zu suchen oder sich an einem solchen zu beteiligen, hat Rußland vorläufig keinerlei Veranlassung. Wohl aber ist jedes weitere Anwachsen der deutschen Macht den Interessen Rußlands offenbar nicht entsprechend. Wir werden es also wohl alle Zeit auf der Seite derer finden, die unsere politischen Wege zu kreuzen suchen.

Zu dem russisch-französischen Bündnis hat sich nun in letzter Zeit auch England gesellt. In Asien hat es mit Rußland ein Abkommen getroffen, das die beiderseitigen Einflußkreise gegeneinander abgrenzt, und mit Frankreich hat es sich in der offenbaren Absicht verständigt, Deutschland unter allen Umständen niederzuhalten, wenn nötig mit Gewalt der Waffen.

Der tatsächlich bestehende Gegensatz der russischen und englischen Interessen in Innerasien ist durch solche Vereinbarungen natürlich nicht aus der Welt zu schaffen und wird sich zu gegebener Zeit wieder geltend machen. Auch zwischen Frankreich und England besteht keine natürliche Interessengemeinschaft. Eine starke französische Seemacht kann England ebenso bedrohlich erscheinen wie die jeder anderen Macht. Für die nächste Zeit aber ist mit einem englisch-französischen Einvernehmen jedenfalls zu rechnen. Die gemeinsame Gegnerschaft gegen Deutschland bildet den Kitt für diese Vereinigung. Ein an-

derer Grund für das politische Zusammengehen beider Staaten ist überhaupt nicht vorhanden. Es fehlt sogar an einem glaubhaften Vorwande, der die wahren Absichten verhüllen könnte.

Diese Politik Englands ist bei oberflächlicher Betrachtung nicht recht verständlich. Die deutsche Industrie und der deutsche Handel haben allerdings in der letzten Zeit einen erstaunlichen Aufschwung genommen, und die deutsche Kriegsflotte wächst allmählich zu einer Achtung gebietenden Stärke an; wir stehen England wohl auch bei den Plänen im Wege, die es in der asiatischen Türkei und in Innerafrika verfolgt. Das mag den Engländern sowohl vom wirtschaftlichen wie vom politischen und militärischen Standpunkt aus unerwünscht sein. Aber anderseits ist der amerikanische Wettbewerb auf handelspolitischem Gebiet noch sehr viel schärfer als der deutsche; auch die amerikanische Kriegsflotte ist heute schon stärker als die deutsche und wird diesen Vorrang auch fernerhin behaupten. Selbst die Franzosen sind im Begriff, eine beachtenswerte Flotte zu bauen, und sind als Kolonialmacht, was den Besitz anbetrifft, unendlich viel bedeutender als wir. Trotz alledem aber ist die Feindschaft der Engländer in erster Linie gegen uns gewendet. Man muß versuchen, sich völlig auf den englischen Standpunkt zu stellen, um den Gedankengang zu verstehen, der die englischen Politiker leiten mag. Mir scheint, daß des Rätsels Lösung auf dem weitverzweigten Gebiet der englischen Weltinteressen gesucht werden muß.

Seitdem England den von seinem Standpunkt aus unverzeihlichen Fehler beging, im amerikanischen Sezessionskriege die Südstaaten nicht zu unterstützen, ist jenseits des Atlantischen Ozeans dem englischen Weltreich in den Vereinigten Staaten von Nordamerika ein Nebenbuhler entstanden, der Englands Schicksal auf das schwerste bedroht. Auf handelspolitischem Gebiet besteht heute schon der denkbar schärfste Wettbewerb zwischen beiden Ländern. Die Einverleibung der Philippinen durch Amerika und Englands Bündnis mit Japan haben den Gegensatz der beiderseitigen Interessen sehr wesentlich verschärft. Der Handel und die Industrie Amerikas sind auf keine Weise mehr

zu unterdrücken, und die schier unererschöpflichen und stetig wachsenden Machtmittel der Union sind so gewaltige, daß ein Seekrieg mit Amerika schon in Anbetracht der weiten Entfernung und der räumlichen Ausdehnung der feindlichen Küste ein äußerst gewagtes und zum mindesten sehr schwieriges Unternehmen sein dürfte. Dementsprechend ist England vor den Forderungen Amerikas stets diplomatisch zurückgewichen, auch in jüngster Zeit noch in der die Befestigung des Panamakanales betreffenden Verhandlung; offensichtlich geht sein Bestreben dahin, jeden Zusammenstoß mit den Vereinigten Staaten zu vermeiden, weil es diesen Zusammenstoß und seine Folgen fürchtet. Mit dem amerikanischen Wettbewerb in Industrie und Handel sowie mit dem Anwachsen der amerikanischen Seemacht glaubt man sich abfinden zu müssen und hält das mit Rücksicht auf die Rassen-Gemeinschaft auch für möglich. In diesem Sinne ist vom englischen Standpunkt aus wohl auch der Schiedsgerichtsvertrag aufzufassen, der zwischen beiden Staaten verhandelt wird. England will die Gefahr eines Krieges mit Amerika auf alle Fälle beschwören. Immerhin kann in der weiteren Entwicklung der Dinge der natürliche Gegensatz beider wetteifernden Staaten ein derartiges Schwergewicht gewinnen, daß England gezwungen ist, mit den Waffen für seine Weltstellung einzutreten oder zum mindesten seine Seemacht ungeteilt zur Verfügung zu haben, um seinen diplomatischen Schritten Nachdruck zu geben. Schon die beiderseitigen Beziehungen zu Kanada können sich in einer für den Frieden gefährlichen Weise zuspitzen, und das vorläufige Scheitern des Schiedsgerichtsvertrages wirkt ein helles Schlaglicht auf die Tatsache, daß das amerikanische Volk nicht gesonnen ist, die beiderseitigen Macht- und Besitzverhältnisse als dauernde anzuerkennen.

Näher vielleicht noch liegt für England eine andere Gefahr, die seine Lebensadern unmittelbar bedroht. Sie ist durch die nationalistische Bewegung in Indien und Ägypten, in der wachsenden Macht des Islam, den Selbstständigkeitsbewegungen der großen Kolonien, sowie in der Vorherrschaft des niederdeutschen Elements in Südafrika gegeben.

Die Türkei ist der einzige Staat, der unter Umständen die englische Stellung in Ägypten zu Lande ernstlich bedrohen könnte. Diese Möglichkeit gibt der nationalen Bewegung in Ägypten eine Bedeutung, die ihr sonst vielleicht nicht zukäme, und läßt es erklärlich erscheinen, daß England jede panislamitische Bewegung auf das äußerste fürchtet, die aufstrebende Macht der Türkei, die es offiziell zu begünstigen vorgibt, mit allen Mitteln der politischen Intrige zu untergraben sucht und in Arabien bestrebt ist, einen neuen religiösen Mittelpunkt im Gegensatz zum türkischen Kalifat zu schaffen.

Die gleichen Gesichtspunkte sind zum Teil auch für die indische Politik maßgebend, wo etwa siebzig Millionen Moslems unter englischem Joch leben. England ist bisher nach dem Grundsatz des *divide et impera* bemüht gewesen, die mohamedanische und die Hindubevölkerung gegeneinander auszuspielen. Jetzt aber, wo sich unter den letzteren eine ganz ausgesprochene revolutionäre und nationalistische Richtung geltend macht, liegt die Gefahr nahe, daß der in seinen Tiefen erregte Panislamismus sich mit den revolutionären Elementen Bengalens vereinigt. Aus dem Zusammenwirken dieser Elemente könnte sich eine sehr ernste Gefahr ergeben, die unter Umständen Englands Weltstellung zu erschüttern imstande wäre.

Während so innere und äußere Gefahren wenigstens in der Zukunft drohen, ist es dem englischen Imperialismus bisher nicht gelungen, das weite Reich handelspolitisch und militärisch schärfer als bisher zusammenzufassen. Den Chamberlainschen Traum von dem britischen Reichszollverband hat man endgültig fallen lassen müssen. Auf der Reichskonferenz von 1911 hat man nicht einmal versucht, darauf zurückzukommen. „Politisch wie materiell überwog eine zentrifugale Tendenz. . . In der Frage der Reichsverteidigung unterlag die Tendenz, die Großbritannien für alle denkbaren Eventualitäten die Hilfsleistung der überseeischen Dominien sichern wollte.“ Nur als Bundesgenossen, die allerdings im Falle der Not zu England stehen werden, stellen sich die großen selbständigen Kolonien dar, Bundesgenossen aber „mit dem Vorbehalt, nicht zu Zwecken

mißbraucht zu werden, die sie nicht übersehen oder die sie nicht billigen“<sup>1)</sup>. Im großen und ganzen läßt sich nicht verkennen, daß die Politik der Dominionen eine Lostrennung von England zwar im Augenblick noch nicht plant, wohl aber für die Zukunft ins Auge faßt. Sowohl Kanada wie Südafrika und Australien entwickeln sich, wie schon erwähnt, zu selbständigen Nationen und Staaten<sup>2)</sup> und werden, wenn ihre Zeit gekommen ist, wohl auch der Form nach Selbständigkeit beanspruchen.

In allen diesen Verhältnissen sind schwere Gefahren für den Bestand des englischen Weltreichs begründet, und diese Gefahren sind es auch wohl, die auf das Verhalten Englands gegen Deutschland von maßgebendem Einfluß sind.

Muß sich England den Wettbewerb Nordamerikas im Welthandel und um die Weltherrschaft wohl oder übel gefallen lassen, so soll wenigstens die Konkurrenz Deutschlands beseitigt werden. Wird England dagegen zu einem Kriege mit Amerika gezwungen, so soll die deutsche Flotte auf keinen Fall in der Lage sein, die amerikanische zu unterstützen. Sie muß also vorher vernichtet werden.

Ähnlich mag der Gedankengang für den Fall eines großen englischen Kolonialkrieges sein, der Englands Flotten auf weit abgelegenen Kriegsschauplätzen beschäftigen würde. England kennt das Ausdehnungsbedürfnis und die Ausdehnungsfähigkeit des deutschen Volkes und mag wohl fürchten, daß ein seemächtiges Deutsches Reich eine solche Gelegenheit benutzen würde, um eine Machterweiterung zu erreichen, die England ihm nicht gönnen will. So erklärt sich auch die scheinbare Gleichgültigkeit Englands gegen die französischen Machtgelüste. Frankreichs Ausdehnungsfähigkeit ist bei mangelndem Bevölkerungszuwachs erschöpft. Es kann England als Nation nicht mehr gefährlich werden und würde wohl sehr bald der englischen Herrschaft zum Opfer fallen, wenn nur erst Deutschland niedergeworfen wäre.

<sup>1)</sup> Theod. Schiemann, Kreuzzeitung vom 5. Juli 1911.

<sup>2)</sup> Vgl. Kapitel 4, S. 83.

Der Wunsch, sich dieser vermeintlich von Deutschland aus drohenden Gefahren zu entledigen, ist um so näherliegend, als die geographischen Verhältnisse eine völlige Lahmlegung des deutschen Überseehandels ohne allzugroße Anstrengungen möglich erscheinen lassen und als die verhältnismäßige Schwäche der deutschen Flotte bei der gewaltigen Überlegenheit der englischen Marine einen entsprechend leichten Erfolg in Aussicht stellt, besonders wenn auch die französische Flotte hierbei mitwirkt. So scheint die Möglichkeit, sich des einen Nebenbuhlers rasch und vollständig zu entledigen, um für alle übrigen Verhältnisse die Hände frei zu haben, in greifbare Nähe gerückt und bietet zweifellos einen gangbaren Weg, um die Seegewalt Englands auf lange Zeit hinaus sicherzustellen, den deutschen Handel zu vernichten und das Gewicht der deutschen Interessen in Afrika und Vorderasien zu beseitigen.

Die Feindschaft gegen Deutschland findet auch noch in anderen Verhältnissen eine ausreichende Erklärung. Von jeher ist es Englands Bestreben gewesen, ein gewisses Gleichgewicht der Macht zwischen den europäischen Festlandsstaaten zu erhalten, keine von ihnen aber zu beherrschender Überlegenheit emporkommen zu lassen. Indem diese Staaten sich gegenseitig lähmten und an der freien Betätigung auf der Weltbühne hinderten, gewann England die Möglichkeit, seine eigenen Zwecke ungestört zu verfolgen und die Weltmacht zu gründen, die es heute ausübt. Diese Politik setzt es auch in der Gegenwart fort, denn nur solange die Kräfte Europas sich gegenseitig binden, hält es seine Machtstellung für gesichert. Es ergibt sich daraus unmittelbar, daß England bestrebt sein muß, Deutschland niederzuhalten, Frankreich aber nach Möglichkeit zu stärken; denn Deutschland ist zurzeit der einzige europäische Staat, der eine beherrschende Stellung zu gewinnen droht; Frankreich aber ist sein geborener Nebenbuhler und kann die Ebenbürtigkeit mit dem stärkeren östlichen Nachbar nur dann behaupten, wenn ihm ein Machtzuwachs zuteil wird und es in seinen Verbündeten eine Stütze findet. So ist die Feindschaft gegen Deutschland auch von diesem Standpunkt aus in Englands wichtigsten

Interessen tief begründet, und wir müssen mit ihr wie mit etwas notwendig Gegebenem rechnen.

Man hat oft gesagt, daß England sich durch einen Krieg mit Deutschland selbst am meisten schädigen würde, weil es einerseits den deutschen Markt verlöre, der der beste Abnehmer seiner Industrieerzeugnisse sei, und andererseits auch auf die sehr bedeutende deutsche Einfuhr verzichten müsse. Ich fürchte jedoch, daß vom englischen Standpunkt aus gerade diese Verhältnisse noch als ein besonderer Anreiz zum Kriege empfunden werden. Für den verlorenen deutschen Markt würde England einen großen Teil der Absatzgebiete zu gewinnen hoffen, die vor dem Kriege von Deutschland aus versorgt wurden, und die fehlende deutsche Einfuhr würde für die englische Industrie selbst ein gewaltiger Ansporn sein und ihr zum Teil wenigstens unmittelbar zugute kommen.

Vom englischen Standpunkt aus ist es nach alledem wohl verständlich, wenn die englische Regierung mit allen Mitteln bestrebt ist, Deutschlands aufsteigende Macht niederzuhalten, und wenn in weiten Kreisen des englischen Volks der leidenschaftliche Wunsch herrscht, die deutsche Flotte schon im Entstehen zu vernichten und den unbequemen Nachbar zu bekämpfen.

Zimmerhin kann die englische Politik auch andere Bahnen einschlagen und statt eines Krieges einen Ausgleich mit Deutschland suchen. Uns wäre diese Lösung jedenfalls die erwünschtere. Auch an einen Dreibund, Deutschland, England und Amerika, ist schon gedacht worden<sup>1)</sup>. Wenn aber eine solche Einigung mit Deutschland möglich werden soll, müßte England sich entschließen, der Entwicklung des Deutschtums freie Bahn neben sich zuzugestehn, den Ausbau unserer kolonialen Macht zuzulassen und unseren Wettbewerb in Handel und Industrie nicht politisch zu bekämpfen; es müßte also auf seine ganze hergebrachte Machtpolitik verzichten und eine völlig veränderte Gruppierung der Weltstaaten ins Auge fassen.

<sup>1)</sup> The united States and the war cloud in Europe by Th. Schie-  
mann. Mc. Clures Magazine, June 1910.

Es ist gewiß nicht anzunehmen, daß englischer Stolz und Eigennutz sich dazu verstehen werden. Die nun schon seit Jahren unter stillschweigender Billigung der Regierung fortgesetzte Heze gegen Deutschland, die nicht nur von dem größten Teil der Presse, sondern auch von einer starken Partei im Lande betrieben wird, die jüngsten Kundgebungen englischer Staatsmänner, die militärischen Vorbereitungen in der Nordsee und die fieberhafte Beschleunigung des Flottenbaus lassen vielmehr deutlich erkennen, daß England seine deutschfeindliche Politik festzuhalten denkt, wie das auch gar nicht anders zu erwarten ist. Auch in den jüngsten Maroffoverhandlungen sind die unbedingte Feindseligkeit Englands gegen uns und sein Streben, jede deutsche Machterweiterung zu verhindern, unverhüllt zutage getreten. Wer sich befähigt glaubt, der Welt den Stempel seines Geistes aufzudrücken, verzichtet nicht kampflös auf die beherrschende Stellung, wenn er den Sieg sicher in der Hand zu haben glaubt.

Ein friedlicher Ausgleich mit England ist nach alledem eine *Fata Morgana*, der nachzustreben kein ernster deutscher Staatsmann unternehmen sollte. Wir müssen vielmehr die Möglichkeit eines Krieges mit England stets im Auge behalten und danach unsere politischen und militärischen Maßregeln treffen, unbekümmert um etwaige friedliche Kundgebungen englischer Politiker, Publizisten und Utopisten, die durch das Tagesbedürfnis eingegeben an der sachlichen Grundlage der Verhältnisse nichts zu ändern vermögen. Besonders wenn statt der Liberalen die zielbewußteren Unionisten in England wieder ans Ruder kämen, müßten wir uns auf eine energische Machtpolitik des Inselreichs uns gegenüber gefaßt machen.

Was dagegen Amerika anbetrifft, das in der englischen Politik zweifellos eine entscheidende Rolle spielt, so ist es das Land unbegrenzter Möglichkeiten. Während es einerseits auf der Monroe doktrin besteht, streckt es andererseits seine eigenen Arme nach Asien und Afrika aus, um Stützpunkte für seine Flotten zu gewinnen. Es erstrebt zunächst die wirtschaftliche und womöglich auch politische Beherrschung des amerikanischen Erd-

teils und die Seeherrschaft im Stillen Ozean. Zu England und Japan befindet es sich trotz aller Handels- und sonstigen Verträge im ausgesprochensten Interessengegensatz, und zwar wirtschaftlich und politisch. Daran würden auch Schiedsgerichtsverträge nichts ändern.

Ein ähnlicher in der Natur der Dinge begründeter Gegensatz zu Deutschland ist dagegen durch die beiderseitigen Bestrebungen vorläufig nicht gegeben, sicherlich kein politischer. Soweit sich die Dinge heute übersehen lassen, hat es den Anschein, als ob eher ein Zusammengehen mit Deutschland im amerikanischen Interesse liegen müßte. Wenigstens kann man doch kaum annehmen, daß eine bedeutende Machterweiterung Englands den Amerikanern erwünscht sein kann. Eine solche aber würde sich ergeben, wenn es Großbritannien gelänge, Deutschland politisch und militärisch niederzuringen.

Eine Zeitlang freilich hatte es den Anschein, als ob die englisch-amerikanische Schiedsgerichtsverhandlung tatsächlich in ein Bündnis gegen Deutschland ausmünden könnte. Jedemfalls ist in den Vereinigten Staaten eine bedeutende Agitation gegen uns im Gange gewesen, die weite Kreise umfaßt hat. Ihr gegenüber standen jedoch geschlossen die Amerikaner deutscher und irischer Abstammung, und es ist wohl anzunehmen, daß die antideutsche Bewegung in der Union eine vorübergehende Erscheinung bleibt, da sie im Wesen der Dinge keine Wurzel hat. Vom handelspolitischen Standpunkt aus ist freilich ein scharfer Wettbewerb zwischen beiden Ländern, besonders in Südamerika vorhanden; es liegt indes keinerlei Grund vor anzunehmen, daß sich hieraus ein politischer Gegensatz entwickeln müßte.

Japan ist vorläufig nur in seiner Einwirkung auf die russischen, amerikanischen, englischen und chinesischen Verhältnisse für uns von mittelbarem politischen Interesse. Im fernen Asien haben wir indes, da es mit England verbündet ist und auch mit Rußland neuerdings einen Ausgleich gefunden zu haben scheint, wohl mehr mit seiner Gegnerschaft als mit seiner Freundschaft zu rechnen. Wichtig für unseren ostasiatischen

Kolonialbesitz kann besonders sein Verhältnis zu China werden. Wenn beide Staaten Hand in Hand gingen, was vorläufig allerdings kaum zu befürchten ist, würde es mit der Zeit sehr schwierig sein, eine selbständige Stellung zwischen beiden zu behaupten. Der politische Wettbewerb zwischen den beiden Nationen der gelben Rasse muß daher lebendig erhalten werden. Sind sie verfeindet, so werden sie wahrscheinlich beide in ihren europäischen Beziehungen Stützpunkte gegeneinander suchen und damit den europäischen Staaten die Möglichkeit wahren, ihren asiatischen Besitzstand zu behaupten.

Wenn so die aufstrebenden Weltmächte des fernen Ostens unsere Politik vorläufig nur mittelbar beeinflussen können, so ist die Vormacht des nahen Orients, die Türkei, für uns von der allerentscheidendsten Bedeutung. Sie ist unser natürlichster Bundesgenosse; ein nahes Verhältnis mit ihr zu erhalten, liegt durchaus in unserem Interesse; am zweckmäßigsten wäre es wohl gewesen, sie rechtzeitig dem Dreibunde anzugliedern und auf diese Weise den italienisch-türkischen Konflikt zu verhindern, der die ganze politische Lage zu unseren Ungunsten zu verändern droht. Die Türkei hat das doppelte Interesse, sich gegen Rußland und gegen England zu behaupten, also gegen die beiden Staaten, mit deren Feindschaft auch wir zu rechnen haben. Sie ist zugleich die einzige Macht, die Englands Stellung in Aegypten bedrohen und damit den nächsten Seeweg und die Landverbindung nach Indien gefährden kann. Uns diesen Staat für den Fall eines Krieges mit England oder Rußland als Bundesgenossen zu erhalten, dürfen wir kein Opfer scheuen. Das Interesse der Türkei ist unser eigenes. Auch im wohlverstandenen Interesse Italiens liegt es, daß die Türkei ihre vorherrschende Stellung am Bosphorus und an den Dardanellen behauptet, daß dieser wichtige Schlüsselpunkt nicht etwa in fremden Besitz übergeht, von Rußland oder von England abhängig wird.

Wenn Rußland Zutritt zum Mittelländischen Meer erlangt, den es seit lange erstrebt, würde es sehr bald in dessen östlichem Becken eine Vormachtstellung erlangen und damit die

italienischen Mittelmeerbestrebungen auf das ärgste gefährden. Da auch die englischen Interessen durch eine solche Entwicklung verletzt würden, müßte mit einer Verstärkung der englischen Seemacht im Mittelmeer gerechnet werden. Zwischen England, Frankreich und Rußland wäre es dann Italien völlig unmöglich, eine selbständige oder gar herrschende Stellung zu erlangen, während die Gegenstellung Rußlands und der Türkei ihm das Feld frei läßt. Auch von diesem Standpunkt aus ist es also geboten, den türkisch-italienischen Konflikt nach Möglichkeit beizulegen und die Befriedigung der berechtigten italienischen Wünsche auf Kosten Frankreichs, wenn auch erst nach dem nächsten Kriege, zu suchen.

Von den übrigen europäischen Staaten hat nur noch Spanien eine gewisse selbständige Bedeutung. Durch seine Marokkopolitik ist es in einen gewissen Gegensatz zu Frankreich gekommen und kann daher unter Umständen ein Faktor der deutschen Politik werden. Die Kleinstaaten dagegen bilden keine selbständigen Schwergewichte, können aber im Kriegsfall von nicht zu unterschätzender Bedeutung werden: die kleinen Balkanstaaten für Österreich und die Türkei; Dänemark, Holland, Belgien und die Schweiz, unter Umständen auch Schweden besonders für Deutschland.

Die Schweiz und Belgien gelten als neutral. Erstere wurde auf dem Wiener Kongreß am 20. November 1815 unter Kollektivgarantie<sup>1)</sup> der unterzeichneten Mächte, Belgien in den Londoner Verträgen vom 15. November 1831 sowie vom 19. April 1839 seitens der fünf Großmächte, der Niederlande und Belgiens selbst für neutral erklärt.

Wenn man diese Verhältnisse im Zusammenhange überflieht, ergibt sich, daß auf dem europäischen Festlande die Macht des mitteleuropäischen Dreibundes und die der ihm

<sup>1)</sup> Unter Kollektivgarantie versteht man die Pflicht der beteiligten Mächte zum Schutz der Neutralität einzuschreiten, wenn alle übereinstimmen, daß diese bedroht ist. Jede einzelne Macht hat aber das Recht einzuschreiten, wenn sie die Neutralität für bedroht erachtet.

gegenüber durch Bündnis und Einvernehmen geeinigten Staaten sich ungefähr die Wage hält, solange Italien dem Bunde angehört. Berücksichtigt man die Imponderabilien, deren Bedeutung sich nur schätzen läßt, so mag vielleicht auf seiten des Dreibundes ein gewisses Übergewicht festgestellt werden. Dagegen beherrscht England unbedingt die See. Vermöge seiner im Bunde mit Frankreich erdrückenden maritimen Überlegenheit und infolge der geographischen Verhältnisse vermag es Deutschland durch Unterbindung des Seeverkehrs auf das schwerste zu schädigen. Auch kann es eine nicht ganz unerhebliche Heeresmacht für einen Festlandskrieg verfügbar machen. So ergibt sich alles in allem genommen eine nicht zu unterschätzende politische Überlegenheit unserer Gegner. Gelingt es Frankreich, seine Landarmee durch erhebliche koloniale Kräfte und durch ein starkes englisches Landungskorps zu verstärken, so würde sich diese Überlegenheit auch auf dem Lande militärisch geltend machen. Tritt gar Italien vom Dreibunde zurück, so würde sich eine sehr bedeutende Übermacht gegen Deutschland und Österreich vereinigen lassen.

Unter solchen Umständen ist gerade Deutschlands Lage eine außerordentlich schwierige.

Wir bedürfen nicht nur für die volle seiner geistigen Bedeutung entsprechende nationale Entwicklung unseres Volkes einer erweiterten politischen Grundlage, sondern wir sind — wie im vorigen Kapitel dargelegt wurde — geradezu gezwungen, für unseren Volkszuwachs Raum und für unsere wachsende Industrie Absatzgebiete zu schaffen. Bei jedem Schritt aber, den wir in dieser Richtung tun, wird uns England entschlossen entgegengetreten. Die englische Politik mag heute den endgültigen Entschluß uns anzugreifen noch nicht gefaßt haben: gewillt ist sie aber zweifellos, jede weitere Ausdehnung des deutschen Weltinflusses und damit auch der deutschen Seegelung mit allen, auch den äußersten Mitteln zu verhindern. Darüber lassen die erkennbaren politischen Ziele Englands und das Verhalten seiner Regierung keinerlei Zweifel aufkommen. Werden wir aber in einen Kampf mit England verwickelt, so können wir ganz sicher

sein, daß Frankreich die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen wird, uns in die Flanke zu fallen. Italien mit seiner ausgedehnten Küstenentwicklung würde, auch wenn es am Dreibund festhält, sehr erhebliche Kräfte zum Küstenschutz verwenden müssen, um die Angriffe der englisch-französischen Mittelmeerflotte abzuwehren, und würde daher nur schwächere Kräfte gegen Frankreich verwenden können. Osterreich würde durch Rußland lahmgelegt; gegen letzteres müßten wohl auch wir Kräfte im Osten zurücklassen. Den Kampf gegen Frankreich und England würden wir also im wesentlichen allein mit einem Teil unserer Armee auszufechten haben, unter Umständen mit einiger Unterstützung durch Italien. Gerade in dieser doppelten Bedrohung sowohl zur See wie auf dem europäischen Festlande liegt für unsere politische Stellung die bedenkliche Schwierigkeit und Gefährdung, durch die uns jede Armsfreiheit genommen, jede Ausdehnung unterbunden wird.

Da dieser Kampf aber, wie es bei eingehender Prüfung der Weltlage scheinen muß, notwendig und unvermeidlich ist, müssen wir ihn auch ausfechten, koste es was es wolle. Im übrigen führen wir ihn schon heute, wenn auch nicht mit offenem Visier und vorläufig noch in friedlicher Weise: einerseits durch den Wettbewerb im Handel, in der Industrie und in den militärischen Rüstungen; andererseits durch diplomatische Mittel, mit denen sich die gegnerischen Staaten auf allen den Gebieten befähden, auf denen ihre Interessen sich kreuzen.

Mit diesen Mitteln ist es bisher gelungen, den Frieden zu erhalten, wenn auch unter schwerer Einbuße an Macht und Ansehen. Der scheinbar friedliche Zustand darf uns aber nicht darüber täuschen, daß wir heute in einer zwar noch latenten, aber desto gewaltigeren Krisis leben, vielleicht der bedeutendsten und folgenschwersten, die dem deutschen Volke bisher beschieden war.

Haben wir in den letzten großen Kriegen um unsere nationale Einigung und damit zugleich um unsere europäische Machtstellung gekämpft und gerungen, so stehen wir heute vor der größeren Entscheidung, ob wir uns auch zu einer

Weltmacht entwickeln, als solche behaupten und deutschem Geist und deutscher Lebensauffassung die ihnen gebührende Beachtung auf der weiten Erde verschaffen wollen, die ihnen heute noch versagt sind.

Ob wir die Spannkraft in uns fühlen, diesem großen Ziele nachzustreben; ob wir zu den Opfern bereit sind, die uns ein solches Streben zweifellos kosten wird; oder ob wir zurücktreten wollen vor den feindlichen Gewalten, um allmählich herabzusinken von Stufe zu Stufe in unserer wirtschaftlichen, politischen und nationalen Bedeutung: das ist der Inhalt dieser Entscheidung.

„Sein oder Nichtsein?“ lautet die Frage, die heute an uns herantritt, verschleiert freilich durch das scheinbare Gleichgewicht der einander entgegenstehenden Interessen und Kräfte, durch das trügerische Ränkespiel der Diplomatie und das amtliche Friedensbedürfnis aller Staaten, aber unerbittlich in ihrer geschichtlichen Logik, unabweisbar, wenn man klaren Auges über den engen Horizont des Tages hinweg den Erscheinungen des Weltgeschehens auf den Grund zu sehen bemüht ist.

Einen Stillstand gibt es nicht in der Völkergeschichte. Alles ist ein Werden und eine Entwicklung. Die Dinge auf dem status quo zu erhalten, wie das von der Diplomatie so vielfach angestrebt wird, ist selbstverständlich unmöglich. Kein wirklicher Staatsmann wird jemals im Ernst mit einer solchen Möglichkeit rechnen; er wird sich die äußerliche und zeitweilige Aufrechterhaltung bestehender Zustände nur dann zur Aufgabe machen, wenn er Zeit gewinnen und seine Gegner täuschen will, oder wenn er noch nicht übersehen kann, wohin die Dinge naturgemäß treiben.

Er wird sich solcher diplomatischen Mittel nur als untergeordneter Werkzeuge bedienen, in Wirklichkeit aber nur rechnen mit tatsächlichen Kräften und den Mächten einer fortwährenden Entwicklung.

Daß es also auch für uns keinen Stillstand, kein Gesättigtsein geben kann, sondern nur ein Vorwärts oder ein Zurück, und daß es dem Zurück gleichkommt, wenn wir uns mit unserer

augenblicklichen europäischen Machtstellung begnügen, während alle unsere Mitbewerber mit rücksichtsloser Energie selbst auf Kosten unserer Rechte nach Machterweiterung streben, darüber müssen wir uns völlig klar sein. Der Prozeß unseres Niederganges würde allerdings nur allmählich einsetzen und sich nur langsam vollziehen, solange der Kampf gegen uns nur mit friedlichen Waffen geführt wird; das heute lebende Geschlecht würde sein friedliches Wohlleben vielleicht noch wahren können. Würde uns aber ein Krieg unter für uns ungünstigen Bedingungen von überlegenen Feinden aufgezwungen, dann könnte bei unglücklichem Verlauf unsere politische Niederlage sehr bald herbeigeführt werden, und wir würden einen raschen Sturz erleben. Dann wäre die Zukunft des Deutschlands preisgegeben, eine selbständige deutsche Kultur würde sich auf die Dauer nicht behaupten können, und für lange Zeiten würden die Güter, für die deutsches Blut in Strömen geflossen ist, der Menschheit verloren sein: geistige und sittliche Freiheit und der tiefe und hochfliegende Idealismus des deutschen Gedankens.

Wenn wir die Verantwortung für eine solche Entwicklung der Dinge, wie billig, nicht auf uns nehmen wollen, müssen wir den Mut haben, eine unseren Ansprüchen angemessene Machterweiterung mit allen Mitteln anzustreben, selbst auf die Gefahr hin eines Krieges gegen numerisch überlegene Gegner.

Eine solche Machterweiterung durch Gebietserwerbungen in Europa selbst zu suchen, dürfte unter den heutigen Verhältnissen so gut wie ausgeschlossen sein. Das im Osten an Rußland verlorene deutsche Kolonialland könnte nur infolge eines großen für uns siegreichen Krieges wiedergewonnen werden und würde dann wahrscheinlich einen fortwährenden Anlaß zu erneuten Kriegen geben. Auch das ehemalige Südpreußen, das bei der zweiten Teilung Polens mit Preußen vereinigt wurde, wieder zu erwerben, würde der polnischen Bevölkerung wegen seine schweren Bedenken haben.

Unter diesen Umständen müssen wir eine Stärkung unserer politischen Macht offenbar auf anderen Wegen versuchen.

Zunächst würde unsere politische Stellung schon dadurch

sehr wesentlich befestigt werden, wenn wir die fortdauernd bestehende Gefahr, bei günstiger Gelegenheit von Frankreich angegriffen zu werden, sobald wir andermwärts in Verwicklungen geraten, endgültig beseitigen könnten. Auf die eine oder die andere Weise muß mit Frankreich abgerechnet werden, wenn wir Armfreiheit für unsere Weltpolitik gewinnen wollen. Das ist die erste und unbedingteste Forderung einer gesunden deutschen Politik, und da die französische Feindschaft auf friedlichem Wege ein für allemal nicht zu beseitigen ist, muß es eben durch Waffengewalt geschehen. Frankreich muß so völlig niedergeworfen werden, daß es uns nie wieder in den Weg treten kann.

Weiter müssen wir mit allen Mitteln darauf bedacht sein, die politische Macht unserer Verbündeten zu stärken. Osterreich gegenüber haben wir eine solche Politik bereits befolgt, als wir uns bereit erklärten, die endgültige Erwerbung Bosniens und der Herzegowina durch die Donaumonarchie im Verein mit dieser nötigenfalls mit Waffengewalt zu schützen. Auch Italien gegenüber müssen wir in diesem Sinne handeln, besonders dann, wenn sich etwa bei einem deutsch-französischen Kriege die Gelegenheit ergäbe, ihm wirklich wertvolle Dienste zu leisten. Ebenso aber ist es auch politisch geboten, mit allen Mitteln die Türkei zu stützen, deren Bedeutung für Deutschland und den Dreibund bereits erörtert wurde.

In dieser Verwicklung der politischen Pflichten können wir während des türkisch-italienischen Krieges zunächst nichts anderes tun, als versöhnend und vermittelnd zu wirken und ein Übergreifen des Krieges auf die Balkanhalbinsel nach Möglichkeit zu verhindern. Ob ein weiteres Eingreifen nötig werden wird, läßt sich zurzeit nicht beurteilen.

Was endlich unsere eigene Stellung in Europa betrifft, so können wir eine Erweiterung unseres politischen Einflusses, wie mir scheinen will, nur dadurch erreichen, daß wir durch die Ehrlichkeit und Kraft unserer Politik bei unseren schwächeren Nachbarn die Überzeugung wachrufen, ihre Selbständigkeit und ihre Interessen seien im Anschluß an Deutschland und unter

dem Schutz der deutschen Waffen am besten gewahrt. Diese Überzeugung könnte mit der Zeit dazu führen, daß sich der Dreibund zu einem mitteleuropäischen Bunde erweiterte. Dadurch würde die militärische Macht in Mitteleuropa sehr erheblich verstärkt werden, und es würde andererseits die ungemein ungünstige geographische Gestaltung unseres Machtbereichs für den Kriegsfall wesentlich verbessert werden. Ein solches Bündnis wäre zugleich der Ausdruck einer natürlichen Interessengemeinschaft, die schon in den geographischen und nationalen Verhältnissen begründet ist und einen festen Kitt für den Bestand einer solchen politischen Gemeinschaft bilden würde.

Auch eine Erweiterung unseres Kolonialbesitzes muß mit allen Mitteln erstrebt werden, und zwar eines solchen, der den Überschuß unserer Bevölkerung aufzunehmen imstande ist.

Daß es unter Umständen möglich ist, äquatorialafrikanisches Land auch auf friedlichem Wege zu erlangen, hat die jüngste Vergangenheit bewiesen. Auch könnte ein finanzieller oder politischer Zusammenbruch Portugals für uns die Veranlassung werden, einen Teil der portugiesischen Kolonien in Besitz zu nehmen. Man darf sogar annehmen, daß zwischen England und Deutschland gewisse Vereinbarungen bestehen, die eine Teilung des portugiesischen Kolonialbesitzes ins Auge fassen, aber allerdings niemals *publici iuris* geworden sind. Ob England sich eintretenden Falls bereit finden würde, einen solchen Vertrag, falls er wirklich besteht, auch redlich auszuführen, muß freilich dahingestellt bleiben. Es könnte Mittel und Wege finden, ihn unwirksam zu machen. Wird doch sogar vielfach behauptet, wenn auch andererseits bestritten, daß Großbritannien, bald nachdem es sich mit Deutschland über die Teilung der portugiesischen Kolonien geeinigt hatte, durch ein besonderes Abkommen Portugal den Besitz aller seiner Kolonien verbürgt habe.

Im übrigen lassen sich auch noch andere Möglichkeiten denken, unter denen eine Erweiterung unseres afrikanischen Besitzes möglich wäre. Sie brauchen hier nicht näher erörtert zu werden. Nötigenfalls müßten sie als Folge eines für uns siegreichen

europäischen Krieges erreicht werden. Bei allen diesen möglichen Erwerbungen muß der Gesichtspunkt fest im Auge behalten werden, daß wir Länder brauchen, die klimatisch die Ansiedlung von Deutschen gestatten. Nun finden sich ja auch in Mittelasrika erhebliche Landstrecken, die zur Ansiedlung deutscher Bauern und Viehzüchter geeignet sind, und ein Teil unseres Volksüberschusses kann in diese Gegenden abgeleitet werden. Im allgemeinen aber können in Tropenkolonien doch nur Absatzmärkte für unsere Arbeitserzeugnisse und weite Anbauflächen für die Produktion von Rohstoffen gewonnen werden, deren unsere Industrie bedarf. Das stellt an sich einen nicht zu unterschätzenden Vorteil dar, entbindet uns aber nicht von der Pflicht, auch Land für wirkliche Kolonisation zu erwerben.

Ein Teil unseres Bevölkerungsüberschusses wird freilich — soweit sich die Verhältnisse heute übersehen lassen — immer darauf angewiesen sein, außerhalb der deutschen Reichsgrenzen sein Fortkommen zu suchen. Für ihn muß zum mindesten insoweit gesorgt werden, daß das Deutschtum sich in der Welt nicht zersplittert, sondern in geschlossenen Massen vereinigt bleibt und so auch in fremden Staaten politische Schwergewichte zu unseren Gunsten, Märkte für unsere Ausfuhr und Mittelpunkte für die Ausbreitung deutschen Geistes bildet.

Eine intensive Kolonialpolitik ist für uns überhaupt eine unbedingte Forderung. Es ist oft behauptet worden, daß eine „Politik der offenen Tür“ den Besitz eigener Kolonien ersetzen könne und unser Programm für die Zukunft bilden müsse, eben weil wir nur unzureichende Kolonien besitzen. Diese Auffassung hat doch nur in gewissem Sinne eine Berechtigung. Zunächst bietet eine solche Politik natürlich nicht die Möglichkeit, den Bevölkerungsüberschuß im eigenen Machtgebiet unterzubringen; dann aber gewährt sie auch keineswegs die Sicherheit freier und uneingeschränkter Handelskonkurrenz. Gleiche Zollbehandlung freilich sichert sie allen handeltreibenden Völkern zu, damit aber ist ein Wettbewerb unter gleichen Bedingungen durchaus nicht gegeben. Es ist vielmehr die politische Macht, die in

dem betreffenden Lande ausgeübt wird, die den entscheidenden Einfluß auch auf die wirtschaftlichen Beziehungen ausübt. In Ägypten, in der Mandschurei, im Kongostaat, in Marokko: überall herrscht der Grundsatz der offenen Tür, und überall beherrscht die politisch vorherrschende Macht unbedingt den Handel: in der Mandschurei Japan, in Ägypten England, im Kongostaat Belgien und in Marokko Frankreich. Das ist auch ganz natürlich. Alle Staatskonzessionen fallen naturgemäß dem Staat zu, der politisch eine Vormachtstellung einnimmt; seine Erzeugnisse kaufen auch alle die Abnehmer, die irgendwie von der Staatsgewalt abhängig sind, ganz abgesehen davon, daß durch Tarifiermächtigungen und ähnliche Vorteile für die bevorzugte Ware das Zugeständnis der offenen Tür vielfach umgangen werden kann. Eine Politik „der offenen Tür“ kann also höchstens als ein Nothelf und als Ergänzung einer kraftvollen Kolonialpolitik betrachtet werden. Eigene Kolonien und überwiegender politischer Einfluß in den Abnehmerstaaten sind das, worauf es ankommt. Hieraus ergeben sich auch die leitenden Gesichtspunkte für unsere deutsche Weltpolitik.

Die Durchführung solcher politischen Absichten würde uns allerdings mit manchen hergebrachten Anschauungen und verbrieften Rechten der herkömmlichen europäischen Politik in Widerspruch setzen. Zunächst müßte das Prinzip des europäischen Gleichgewichts, das seit dem Wiener Kongreß ein gewissermaßen sakrosanktes, aber ganz unberechtigtes Dasein führt, entschieden durchbrochen werden.

Aus dem Gefühl heraus, daß die Staaten nicht dazu da sind, sich gegenseitig zu zerstören, sondern gemeinsam für die Fortbildung der Kultur zu sorgen, hat sich allmählich die Idee des Gleichgewichts unter ihnen entwickelt. Das Christentum, das über den Staat hinaus zu einem Weltbürgertum edelster Art führt und daher die Grundlage alles Völkerrechts bildet, hat in dieser Hinsicht einen tiefgehenden Einfluß ausgeübt. Auch das praktische Interesse hat die Idee des Gleichgewichts gefördert. Da man einsah, daß der Staat Macht sei und

daher seiner Natur gemäß Machterweiterung erstreben müsse, fand man nur in dem Gleichgewicht der Kräfte eine gewisse Gewähr des Friedens. So bildete sich allmählich die Überzeugung, daß jeder Staat an die Lebensgemeinschaft der anderen Staaten gebunden sei, mit denen er politische und wirtschaftliche Beziehungen unterhält, und sich mit ihnen irgendwie abzufinden habe. So erwuchs in Europa die Idee eines Staatensystems, das nach dem Sturze Napoleons die fünf europäischen Großmächte bildeten: England, Frankreich, Rußland, Österreich und das mit Waffengewalt emporgekommene Preußen, zu denen 1866 Italien als sechste Großmacht hinzutrat.

„Ein solches System läßt sich ohne ein gewisses wenigstens annäherndes Gleichgewicht unter den Mächten nicht vorstellen.“ „Alle Theorie muß hier auf dem Boden der Praxis bleiben, und da ist Voraussetzung wirkliche Gegenseitigkeit, d. h. ein wirkliches Gleichgewicht der Mächte“<sup>1)</sup>. Zwischen den europäischen Staaten ist ein solches aber tatsächlich nicht vorhanden. England beherrscht ganz allein die See, und die 65 Millionen Deutscher lassen sich nicht auf das gleiche Maß der Macht herabdrücken wie die 40 Millionen Franzosen. Das wirkliche Gleichgewicht hat man versucht durch Sonderbündnisse herzustellen. Man hat damit nur das eine erreicht: nämlich die freie Entfaltung aller, besonders aber Deutschlands zu verhindern. Das ist ein ungesunder Zustand. Ein europäisches Gleichgewicht muß überhaupt als ein den Verhältnissen nicht mehr entsprechender Zustand bezeichnet werden, der nur die verderbliche Folge haben kann, die Kräfte der europäischen Festlandsstaaten gegenseitig unwirksam zu machen und damit die Geschäfte der politischen Mächte zu besorgen, die außerhalb dieses Bannkreises stehen. War es doch, wie bereits erörtert, von jeher Englands Politik, die Festlandsstaaten untereinander zu verfeinden und auf annähernd gleicher Machthöhe zu erhalten, um ungestört mit der Seeherrschaft zugleich die Welt-herrschaft zu erobern.

<sup>1)</sup> Treitschke, Politik II, §§ 27 und 28.

Mit dem Gedanken an ein solches Gleichgewicht müssen wir völlig brechen. Es widerspricht in seiner jetzigen innerlich unwahr gewordenen Gestaltung unseren wichtigsten Interessen. Die Idee eines Staatensystems, das gemeinsame Kulturinteressen hat, soll natürlich nicht ausgeschaltet, sie soll nur auf einer neuen und richtigeren Grundlage entwickelt werden. Nicht um ein europäisches Staatensystem kann es sich heute handeln, sondern um ein Weltstaatensystem, in dem das Gleichgewicht auf wirklichen Machtfaktoren aufgebaut ist. In diesem Staatensystem müssen wir streben, an der Spitze eines mitteleuropäischen Staatenbundes eine gleichberechtigte Stellung zu erringen, indem wir das angebliche europäische Gleichgewicht in der einen oder der anderen Weise auf seinen wahren Wert zurückführen und unsere eigene Macht entsprechend steigern.

Eine weitere Frage, die bei den heutigen politischen Verhältnissen aufgeworfen werden kann, ist die, ob alle die Staatsverträge, die zu Anfang des vorigen Jahrhunderts unter völlig anderen Verhältnissen, ja sogar unter einer ganz anderen Auffassung des Staatsbegriffs geschlossen worden sind, dauernd aufrecht erhalten werden können und sollen. Als Belgien für neutral erklärt wurde, hat gewiß niemand daran gedacht, daß es einen großen und wertvollen Teil Afrikas für sich in Anspruch nehmen würde. Es kann sehr wohl die Frage aufgeworfen werden, ob mit dieser Erwerbung die Neutralität nicht schon verletzt ist, denn ein Staat, der jeder Kriegsgefahr wenigstens in der Theorie entzogen ist, hat eigentlich kein Recht, mit den anderen Staaten in politischen Wettbewerb zu treten. Diese Erwägung ist aber um so berechtigter, als man wohl mit Sicherheit annehmen darf, daß bei einem Kriege Deutschlands gegen Frankreich und England die beiden letztgenannten Staaten gerade in Belgien die Vereinigung ihrer Streitkräfte suchen würden. Die Neutralität des Kongostaates<sup>1)</sup> endlich muß als mehr wie problematisch bezeichnet werden, wenn Belgien zu-

---

<sup>1)</sup> Der Kongostaat wurde durch Akte vom 26. Februar 1885, aber ohne Garantie, für neutral erklärt.

gleich das Recht haben soll, ihn unter Umständen an ein nicht neutrales Land abzutreten oder zu verkaufen. Der Begriff dauernder Neutralität widerspricht überhaupt dem Wesen des Staates, insofern dieser seine höchsten sittlichen Ziele eben nur im Wettbewerb mit anderen Staaten erreichen kann. Gerade dieser Wettbewerb ist ja zugleich die notwendige Voraussetzung der Fortentwicklung.

Mit den höchsten Rechten des Staates steht ferner der Grundsatz im Widerspruch, daß kein Staat sich jemals in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates einmischen dürfe. Dieser Grundsatz wird allerdings sehr verschieden ausgelegt, und mächtige Staaten haben es sich niemals versagt, sich in die inneren Verhältnisse minder mächtiger zu mischen. Auch heute sind wir noch täglich Zeugen derartiger Handlungsweise; hat doch England noch in jüngster Zeit, wenn auch nicht formell und auf diplomatischem Wege, so doch der That nach, sich bezüglich unserer Rüstung zur See in die inneren Verhältnisse Deutschlands einzumischen versucht. Immerhin gilt es doch wohl als ein Grundsatz des internationalen Verkehrs, daß zwischen den Staaten eines und desselben Staatensystems eine strenge Zurückhaltung bezüglich der inneren Angelegenheiten geboten ist. Diesen Grundsatz unbedingt anzuerkennen und sich ihm unter allen Umständen im politischen Verkehr zu fügen, hat aber doch seine sehr großen Bedenken. Es ist die liberale Doktrin, die zuerst 1830 in Frankreich verkündet wurde und deren sich dann das englische Ministerium Palmerston zu seinen Zwecken bemächtigte<sup>1)</sup>. Ebenso falsch freilich ist die Lehre der unbedingten Intervention, wie sie einst die Staaten der heiligen Alliance zu Troppau 1820 verkündet hatten<sup>2)</sup>. Irgend ein festes Prinzip für die internationale Politik läßt sich eben nicht aufstellen.

Allerdings verhalten sich die Staaten zueinander wie einzelne; und wie der einzelne die Einmischung anderer in seine Angelegenheiten abweisen kann, so kommt natürlich auch dem

<sup>1)</sup> Treitschke, Deutsche Geschichte III, 164 f.

<sup>2)</sup> Ebenda IV, 53 f.

Staate das gleiche Recht zu. Über dem einzelnen aber steht die Staatsgewalt, die die Beziehungen der Bürger untereinander regelt. Über dem Staate dagegen steht niemand; er ist souverän und hat selbst darüber zu entscheiden, ob innere Zustände oder Maßnahmen eines anderen Staates sein eigenes Dasein oder seine Interessen bedrohen. Auf keinen Fall darf also ein souveräner Staat von vornherein auf das Recht verzichten, in die Verhältnisse anderer Staaten unter Umständen einzugreifen. Es können jederzeit Fälle eintreten, wo die Parteikämpfe oder die Rüstungen des Nachbarlandes für das Bestehen eines Staates bedrohlich werden. „Man kann nur aussprechen, daß jeder Staat auf seine Gefahr handelt, wenn er sich in die inneren Verhältnisse eines anderen Staates einmischt, und daß die Erfahrung zeigt, wie hochgefährlich eine solche Intervention werden kann“<sup>1)</sup>. Andererseits muß jedoch betont werden, daß die Gefahren, die bei Nichtintervention entstehen können, unter Umständen noch größere sind und daß es sich bei der ganzen Streitfrage überhaupt nicht um internationales Recht, sondern einzig und allein um Macht und Zweckmäßigkeit handelt.

Ich bin auf diese Fragen der internationalen Politik näher eingegangen, weil sie unter Umständen, die gar nicht besonders fernliegen, von erheblicher Bedeutung für die Durchführung unserer notwendigen politischen Bestrebungen werden und ihrerseits Veranlassung zu kriegerischen Verwicklungen geben können. Dann ist es von Wichtigkeit, daß wir uns in unserer Aktionsfreiheit nicht durch Rücksichten beschränken lassen, denen politische Notwendigkeit in keiner Weise beizwohnt, sondern die nur auf politischer Konvenienz beruhen und für uns nicht bindend zu sein brauchen. Wir müssen uns vielmehr in allen solchen Fällen bewußt bleiben, daß wir den Krieg um unsere Weltstellung unter keinen Umständen vermeiden können und daß es keineswegs darauf ankommt, ihn möglichst lange hinauszuschieben, sondern vielmehr darauf, ihn unter möglichst günstigen Bedingungen herbeizuführen. „Ohne Zweifel wird jeder-

<sup>1)</sup> Treitschke, Politik II, § 27.

mann," schreibt Friedrich der Große am 3. Juli 1761 an Pitt, „wenn er nur einigermaßen vernünftig ist, seinen Feinden nicht Zeit lassen, ruhig alle Vorbereitungen zu treffen, um ihn zu vernichten, und wird seinen Vorsprung benutzen, um sich in Vorteil zu setzen.“

Wenn wir in diesem Geiste einer schlagfertigen Politik handeln wollen, wie er die großen Helden unserer Vergangenheit geleitet hat, dann müssen wir jedoch lernen, unsere Kräfte einheitlich zusammenzufassen und sie nicht in zentrifugalen Bestrebungen zu zersplittern.

Immer, soweit die Geschichte der Germanen zurückreicht, ist die politische und nationale Entwicklung des deutschen Volkes beeinträchtigt und gehindert worden durch die Erbfehler seines Charakters: den Partikularismus der einzelnen Stämme und Staaten, die theoretische Rechthaberei der Parteien, die Unfähigkeit, aus freien Stücken Opfer zu bringen für große gemeinsame Zwecke aus Mangel an Gemein Sinn und an praktischem politischen Verständnis, oft auch durch die Kleinlichkeit der leitenden Gesichtspunkte. Auch heute noch ist es schmerzlich anzusehen, wie die Kraft des deutschen Volkes, die in der Betätigung nach außen so vielfach gehemmt und beschränkt ist, sich in unfruchtbarer Selbsterfleischung verbraucht.

Diese Erbfehler innerlich zu überwinden und dadurch erst die sichere Grundlage für eine gesunde einheitliche Machtentwicklung zu gewinnen, ist unsere erste und offenbarste sittliche und politische Pflicht.

Es soll nicht geleugnet werden, daß die Vielgestaltigkeit des geistigen und geselligen Lebens, wie es aus der Vielgestaltigkeit des deutschen Volkstums und Staatensystems entspringt, ihre nicht zu unterschätzenden Vorteile bietet, indem sie zahlreiche Mittelpunkte für Entfaltung und Förderung der Wissenschaft, der Kunst, der Technik, des gehobenen geistigen und leiblichen Lebens überhaupt in stetig wachsender Entwicklung aufweist; bekämpfen aber müssen wir die Kehrseite dieser Zustände, die Übertragung dieser Vielseitigkeit und Gegenständigkeit auf das Gebiet der Politik.

Vor allem müssen wir die Einrichtungen zu fördern und zu stärken suchen, die als ein Gegengewicht gegen die zentrifugalen Kräfte des deutschen Wesens zu wirken und alle Kräfte einheitlich zusammenzufassen geeignet sind: die gemeinsame Wehrmacht zu Lande und zu Wasser, in der sich alle Gegensätze ausgleichen, und ein starkes nationales Kaisertum.

Kein Volk ist so wenig wie das deutsche geeignet, seine Geschicke selbst zu leiten, etwa in einer rein parlamentarischen oder gar republikanischen Verfassung; für keines paßt die landläufige liberale Schablone weniger als für uns. Ein Blick auf den Reichstag genügt, um diese Überzeugung, die sich aus dem Studium der deutschen Geschichte aufdrängt, auch für die heutigen Verhältnisse zu bestätigen.

Das deutsche Volk ist zu großer gemeinsamer That immer nur zu bringen gewesen unter dem überwältigenden Druck äußerer Verhältnisse, wie in der Erhebung von 1813, oder unter der Führung gewaltiger Persönlichkeiten, die es verstanden, die Begeisterung der Massen zu erwecken, die Tiefe des deutschen Gemüths zu erregen, die gemeinsamen Ideale der Nation wirksam werden zu lassen und die auseinanderstrebenden Kräfte einheitlich zusammenzuzwingen.

Dafür müssen wir sorgen, daß solchen Männern die Möglichkeit gewahrt bleibt, aus freiem Machtgefühl zu handeln und damit Großes durch und für unser Volk zu erreichen.

Innerhalb dieser Grenzen entspricht es dem deutschen Volkscharakter, der Persönlichkeit möglichst freie Bahn zu schaffen für die reichste und freieste Entfaltung aller individuellen Kräfte und Fähigkeiten, alles geistigen, wissenschaftlichen und künstlerischen Strebens. „Jede Erweiterung der Staatstätigkeit ist ein Segen und vernünftig, wenn sie die Selbständigkeit freier und vernünftiger Menschen weckt, fördert und läutert; sie ist vom Übel, wenn sie die Selbständigkeit freier Menschen ertötet und verkümmert“<sup>1)</sup>. Diese Selbständigkeit des einzelnen innerhalb der durch das Interesse des Staats gebotenen Grenzen bildet

<sup>1)</sup> Treitschke, Politik I, § 2.

dann die notwendige Ergänzung für die starke Ausgestaltung der zentralen Macht und gewährt einer liberalen Entwicklung aller unserer sozialen und gesellschaftlichen Zustände weiten Spielraum.

Nur wenn es uns gelingt, in unserem Volk den einheitlichen Willen zur Macht in diesem Sinne zu erwecken zugleich mit dem Entschluß nicht nur Gut und Blut, sondern auch besondere Ansichten und Wünsche im Interesse des Allgemeinwohls auf dem Altar des Vaterlandes zu opfern, werden wir den großen Aufgaben der Zukunft gerecht werden, zur Weltmacht heranwachsen und einem großen Teil der Menschheit den Stempel des deutschen Geistes ausdrücken. Wenn wir dagegen in der geistigen Zersplitterung verharren, die heute unser politisches Leben kennzeichnet, dann ist die Besorgnis nicht von der Hand zu weisen, daß wir in dem großen Wettstreit der Nationen, den wir ausfechten müssen, ob wir wollen oder nicht, unruhmlieh unterliegen, daß wir schweren Zukunftstagen entgegengehen und daß wieder, wie zur Zeit früherer Erniedrigung, des Dichters Klage tönen wird:

„Deutsches Volk, du herrlichstes von allen,  
Deine Eichen stehn, du bist gefallen.“ (Körner.)